

Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses



Sitzungs-Nr.: **HFA/005/14-20**
Sitzungs-Tag: **03.02.2015**
Sitzungs-Ort: **Brakel, Am Markt 4a, Sitzungssaal
"Alte Waage"**

Beginn der Sitzung: **18:00 Uhr**
Ende der Sitzung: **21:30 Uhr**

Vorsitzender:

Temme, Hermann

CDU:

Disse, Ulrich

Gadzinski, Tobias

Grewe, Ursula

Hanisch, Ewald

Oeynhausens, Uwe

Simon, Dirk

Steinhage, Hermann

Vertretung für Ratsherrn Groppe

SPD:

Hahn, Rüdiger

Heller, Manfred

Multhaupt, Dirk

Vertretung für Ratsherrn Kruse

UWG/CWG:

Tobisch, Johannes

Volkhausen, Erwin

Vertretung für Ratsherrn Wintermeyer

Bündnis90/DIE GRÜNEN:

Schulte, Meinolf

Als Gäste nehmen teil:

Grünzel, Reinhard

Arbeitskreis Ökumenische Flüchtlingshilfe

Caritas

Beratendes Mitglied:

Klöhn, Kornelia

Von der Behördenleitung nehmen teil:

Frischemeier, Peter

Von der Verwaltung nehmen teil:

Groppe, Johannes

Heinemann, Sven

Loermann, Norbert

Schlenhardt, Dominik

Senft, Hartmut

Werneke, Regina

Schriftführerin

Tagesordnung		Drucksache Nr.
Öffentliche Sitzung		
1. Vorstellung des Flüchtlingsprojektes der Eheleute Reinhard Grünzel und Gudrun Grünzel-Ramp Berichterstatter: Reinhard Grünzel		192/2014 -2020
2. Finanzielle Entlastungen der Kommunen bei der Unterbringung und Betreuung von ausländischen Flüchtlingen durch Bund und Land Berichterstatter: StOAR Loermann		191/2014 -2020
3. Ergänzung des Haushaltsplans 2015; Einrichten von Konten für den Bau eines Kletterzentrums durch den Deutschen Alpenverein, Sektion Weserland e. V. Berichterstatter: StBOAR Groppe		199/2014 -2020
4. Neufestsetzung der Aufwandsentschädigung für Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Brakel Berichterstatter: StOAR Loermann		190/2014 -2020
5. Beratung über den Erlass der Haushaltssatzung mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2015 Berichterstatter: Sprecher der Fraktionen		
6. Schiedsmannwesen; Vertretungsregelung für den Schiedsbezirk Brakel II Berichterstatter: FB 2		187/2014 -2020
7. Bekanntgaben der Verwaltung		

Der **Bürgermeister** eröffnet die Sitzung, begrüßt die Zuhörer, die Vertreter der Presse sowie die Sitzungsteilnehmer. Als Gäste begrüßt Bürgermeister **Temme** Herrn Reinhard **Grünzel** aus Beverungen, der zu TOP 1 vortragen wird. Desweiteren begrüßt Bürgermeister **Temme** einige Mitglieder des Arbeitskreises Ökumenischer Flüchtlingshilfe aus Brakel.

Zu **Form und Frist** der Einladung ergeben sich keine Bedenken.

Anschließend stellt er die **Beschlussfähigkeit** fest.

Die Tagesordnung wird darauf hin wie folgt erledigt:

Öffentliche Sitzung

1. Vorstellung des Flüchtlingsprojektes der Eheleute Reinhard Grünzel und Gudrun Grünzel-Ramp

192/2014
-2020

Berichterstatter: Reinhard Grünzel

Bürgermeister **Temme** begrüßt zu diesem Punkt Herrn Reinhard **Grünzel** aus Beverungen, der über sein Flüchtlingsprojekt berichten wird sowie einige Mitglieder des Arbeitskreises Ökumenischer Flüchtlingshilfe aus Brakel. Bürgermeister **Temme** informiert, dass Brakel mit bis zu 100 weiteren Flüchtlingen in diesem Jahr zu rechnen habe. Dies sei eine große Herausforderung für die Stadt und alle ehrenamtlichen Helfer. Sein Dank gilt hier bereits der Caritas und dem Arbeitskreis Ökumenischer Flüchtlingshilfe in Brakel, der sich seit langem im Bereich der Flüchtlingshilfe einsetzt.

Sodann erteilt Bürgermeister **Temme** Herrn **Grünzel** das Wort. Dieser berichtet über sein in Deisel bei Trendelburg umgesetztes Projekt zur Flüchtlingshilfe. Zusammen mit seiner Frau betreue er ein Haus in dem derzeit 20 Personen leben (10 Erwachsene, 10 Kinder), sowohl Familien als auch alleinstehende Personen mit und ohne Kind. Er befürwortet hier vor allen Dingen „kleine Einheiten“, seiner Meinung nach sollten maximal 50 Personen in einer Unterkunft leben. Das Projekt in Deisel konnte mit vielen ehrenamtlichen Betreuern aus der Ortschaft, dem Ortsbeirat, der Kirchen etc. erfolgreich umgesetzt werden. So werden die Flüchtlinge von den Betreuern bei den alltäglichen Lebensdingen unterstützt wie z.B. beim Einkauf, Arztbesuchen, Behördengängen etc. Es werden Deutsch- oder Nähkurse angeboten. Im Ort werden mit den Flüchtlingen Heimatabende, Grillfeste etc. organisiert. Die Kinder besuchen eine Krabbelgruppe, den Kindergarten und sind bei den örtlichen Sportvereinen integriert. Herr **Grünzel** hebt hervor, dass die Verlässlichkeit auf die Betreuer entscheidet sei für die Umsetzung des Projektes. Herr **Grünzel** berichtet weiter, dass hinsichtlich der monatlichen Leistungen, die seitens der Stadt ausgezahlt würden, eine Vereinbarung mit der örtlichen Bank getroffen wurde. Den Asylanten wurde ein Konto eingerichtet, auf denen die Leistung eingezahlt werde. Dies wiederum erspare die Kosten für die Fahrt zur Stadt Kassel.

Abschließend hält Herr **Grünzel** fest, dass durch die dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge die Kosten für den Landkreis Kassel gesunken seien. Dies sei vor allem den vielen Ehrenamtlichen zu verdanken.

Bürgermeister **Temme** dankt Herrn **Grünzel** für den informativen Vortrag. Dies sei ein gutes Beispiel, wie durch privates Engagement die Integration der Flüchtlinge optimal umgesetzt werden könne. Sein Dank gilt hier auch nochmals dem Brakeler Arbeitskreis Ökumenischer Flüchtlingshilfe, die sich hier vor Ort sehr engagieren.

Anschließend steht Herr **Grünzel** für die Fragen der Ratsmitglieder zur Verfügung.

Frau **Kahle** vom Arbeitskreis Ökumenischer Flüchtlingshilfe berichtet, dass die Mitglieder seit 10 Jahren ehrenamtlich die Flüchtlinge im Asylantenheim betreuen würden.

Unter anderem sei eine wöchentliche Sprechstunde eingerichtet worden, es finden Sprachkurse statt und gemeinsame Feiern. Sie berichtet über die am vergangenen Wochenende stattgefundene Unterbringung einer Familie aus dem Irak. Ihr Dank gilt hier besonders StA **Senft**.

Bürgermeister **Temme** greift den Vorschlag von Ratsherrn **Schulte** auf, die Vereinsvorstände der Brakeler Vereine einzuladen, um Kontakte zu den Asylanten zu knüpfen zwecks Interesse zur Teilnahme an sportlichen Aktivitäten.

2. Finanzielle Entlastungen der Kommunen bei der Unterbringung und Betreuung von ausländischen Flüchtlingen durch Bund und Land	191/2014 -2020
Berichterstatter: StOAR Loermann	

StOAR **Loermann** informiert, dass das Land NRW aufgrund der gestiegenen Flüchtlingszahlen für das Jahr 2015 zusätzliche finanzielle Mittel zugesagt habe. Er verweist hier auf die Vorlage. Genaue Zahlen für Brakel könnten hier jedoch noch nicht vorgelegt werden, diese werden voraussichtlich Ende Februar/Anfang März durch Land und Bund festgelegt.

3. Ergänzung des Haushaltsplans 2015; Einrichten von Konten für den Bau eines Kletterzentrums durch den Deutschen Alpenverein, Sektion Weserland e. V.	199/2014 -2020
Berichterstatter: StBOAR Groppe	

StBOAR **Groppe** informiert zum Sachverhalt, dass für den Bau eines Kletterzentrums durch den DAV entsprechende Konten in den Haushalt 2015 eingerichtet werden müssten. Diese würden zunächst mit einem Sperrvermerk versehen, bis die schriftliche Absicherung der Finanzierung durch den DAV vorläge.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt **einstimmig** dem Rat der Stadt Brakel den Haushaltsplan 2015 um das Projekt „Bau eines Kletterzentrums durch den Deutschen Alpenverein, Sektion Weserland e. V.“ zu ergänzen. Ein Zuwendungsbescheid der Stadt Brakel an den DAV als Zuwendungsempfänger wird erst dann erteilt, wenn eine verbindliche schriftliche Absicherung des DAV im Zusammenhang mit dem Eigenanteil vorliegt (Übernahme des Eigenanteils durch zweckgebundene bzw. nicht zweckgebundene Spenden).

4. Neufestsetzung der Aufwandsentschädigung für Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Brakel	190/2014 -2020
Berichterstatter: StOAR Loermann	

StOAR **Loermann** trägt lt. Vorlage den Sachverhalt vor. Grund sei, dass die Leiter der Feuerwehren der Städte unter Leitung des Kreisbrandmeisters Rudolf Lüke die Erhöhung der Aufwandsentschädigung angeregt hätten. Die letzte Erhöhung in der Stadt Brakel fand zum 01.01.2002 statt. Diese Erhöhung bedeute einen jährlichen Mehraufwand von 15.000 €.

Ratsherr **Hanisch** schlägt für die CDU-Fraktion den Kompromiss vor, die Sätze erst ab dem 01.07.2015 erhöhen zu wollen. Die Fraktion wisse sehr wohl die Arbeit der Feuerwehren zu schätzen, jedoch bedeute dies, aufgrund der derzeitigen Haushaltslage, fast eine Verdoppelung des Aufwandes.

Auf Nachfrage des Ratsherrn **Multhaupt** erklärt Sven **Heinemann** als Leiter der Brakeler Feuerwehr, dass seinerzeit den Feuerwehrleuten nebst Familien freien Eintritt in die Brakeler Bäder gewährt wurde. Nach dessen Abschaffung habe die arbeitsmedizinische Untersuchung jedoch negative Entwicklungen bei den Feuerwehrleuten gezeigt. Daraufhin wurde allen aktiven Feuerwehrmitgliedern, vornehmlich den Trägern von Atemschutzgeräten, der freie Eintritt in die Bäder gewährt zwecks Erhalt der körperlichen Fitness. Zudem konnte eine Rabattierung bei den ortsansässigen Fitnessstudios erreicht werden.

Die Ratsherren **Multhaupt**, **Tobisch** und **Schulte** sowie Ratsfrau **Klön** schließen sich dem Beschlussvorschlag der Verwaltung an. Eine Erhöhung nach über 10 Jahren sei durchaus vertretbar und moderat, erklärt Ratsherr **Tobisch**.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Brakel beschließt **mehrheitlich bei 7 Gegenstimmen** die monatliche Aufwandsentschädigung für Funktionsträger der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Brakel mit Rückwirkung zum 01.01.2015 wie folgt:

Leiter der Feuerwehr	259,00 €
davon 60,00 € als Ausbildungsvergütung	
Stellvertretender Leiter der Feuerwehr	129,50 €
Löschzugführer Brakel	90,00 €
Stellvertretender Löschzugführer Brakel	45,00 €
Löschzugführer (Verbund der LG)	45,00 €
Löschgruppenführer	40,00 €
Jugendfeuerwehrwart	50,00 €
Jugendgruppenleiter	25,00 €
Atemschutzgerätewart	79,00 €
Gerätewart Löschzug Brakel	79,00 €
Gerätewart LG für Staffelfahrzeug	30,00 €
Gerätewart LG für Gruppenfahrzeug	55,00 €
Sicherheitsbeauftragter	30,00 €

Zukünftige Anpassungen der Aufwandsentschädigungen erfolgen dann immer in Bezug auf die Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder kommunaler Vertretungen und Ausschüsse.

5. Beratung über den Erlass der Haushaltssatzung mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2015

Zum Erlass der Haushaltssatzung für das Jahr 2015 bittet Bürgermeister **Temme** die im Rat der Stadt Brakel vertretenen Fraktionen um ihre Stellungnahmen zum Haushaltsplanentwurf 2015.

Ratsherr **Hanisch** verweist auf den vorab zugestellten Antrag mit den durch die CDU geforderten Änderungen zum Haushalt 2015. Dieser wurde um einige Punkte erweitert. Ratsherr Hanisch reicht die aktuelle Liste weiter.

Ratsherr **Multhaupt** bittet daraufhin um Unterbrechung der Sitzung zur Beratung des erweiterten Antrages.

Bürgermeister **Temme** unterbricht die Sitzung von 19:45 Uhr bis 20:00 Uhr.

Nach Wiederaufnahme schlägt Bürgermeister **Temme** vor, die einzelnen Punkte der eingereichten Fraktions-Anträge zum Haushalt 2015 einzeln zu besprechen und abzustimmen.

CDU

zu Nr. 3 bittet Ratsherr **Multhaupt**, die Vereinsfördermittel hierbei auszuschließen. Die CDU-Fraktion sieht sich mit diesem Einwand einverstanden.

zu Nr. 8 gibt Ratsherr **Multhaupt** den Einwand, dass die Fensterfront aus energietechnischer Sicht nicht mehr tragbar sei. Er schlägt vor, den dafür angesetzten Betrag von 43.000 € mit einem Sperrvermerk zu versehen. Der Klimaschutzmanager Hr. Rottländer möge prüfen, wieviel Energiekosten durch eine Erneuerung der Fensterfront eingespart werden könnten. Das Ergebnis solle sodann im BZA Bökendorf vorgestellt werden. Ratsherr **Volkhausen** weist darauf hin, dass die Glasfront noch mit einer Einfachverglasung versehen sei. Desweiteren stehe auch in absehbarer Zeit die Dachisolierung an. Die CDU-Fraktion sieht sich mit dem Sperrvermerk einverstanden.

Nr.	Antrag	Abstimmungsergebnis
1.	Die Verwaltung wird beauftragt, die Hundesteuersatzung zu überarbeiten und an das Niveau der Nachbarstädte des Kreises Höxter anzupassen. Hierbei könnten folgende Sätze Berücksichtigung finden: 1 Hund = 70,00 € 2 Hunde = 80,00 € (je Hund) 3 und mehr Hunde = 90,00 € (je Hund) 1 gefährlicher Hund = 450 € 2 und mehr gefährliche Hunde = 550,00 € (je Hund)	einstimmig
2.	Die Verwaltung wird beauftragt, die Vergnügungssteuersatzung auf die Möglichkeit einer neuen Berechnungsmethode hin zu überprüfen, um ggfs. Mehreinnahmen erzielen zu können.	einstimmig
3.	Im Rahmen des Haushaltsvollzugs wird der Verwaltung das Ziel gesetzt, die Aufwandspositionen um 10% zu kürzen, bei denen eine Einsparung möglich ist. Eine Ausnahme stellen die Bereiche dar, in denen die Stadt aufgrund von Gesetzen, Verträgen und Ratsbeschlüssen zur Leistung der Auszahlungen verpflichtet ist.	einstimmig

	<i>Antrag der SPD-Fraktion: Vereinsfördergelder sind hiervon ausgeschlossen.</i>	
4.	Die vorgesehene Investition in eine Lehrküche in Höhe von 25.000 € soll zugunsten der Erneuerung eines Technikraumes im gleichen Schulgebäude mit einem Ansatz in gleicher Höhe zurückgestellt werden.	einstimmig 1 Enthaltung
5.	Die Neubeschaffung einer Schließanlage für den Schulcampus soll gestrichen werden.	einstimmig
6.	Der Ansatz für die Beschaffung von Spielgeräten mit einem Anschaffungswert von über 410 € sollte um 10.000 € auf einen Ansatz von 30.000 € gekürzt werden.	einstimmig
7.	Der Ansatz für die Beschaffung von Beschilderung für die Wanderwege sollte wie von der Verwaltung vorgeschlagen, um 9.000 € auf einen Ansatz von 7.000 € gekürzt werden.	einstimmig
8.	Die Erneuerung der Fensterfront am Dorfgemeinschaftshaus Bökendorf soll gestrichen werden. <i>Antrag der SPD-Fraktion: Die Erneuerung der Fensterfront wird nicht gestrichen, der dafür eingestellte Betrag in Höhe von 43.000 € wird mit einem Sperrvermerk versehen. Die Verwaltung wird zunächst eine energetische Prüfung durchführen.</i>	einstimmig
9.	Die Neuerstellung einer Parkfläche am „Bökendorfer Grund“ soll auf den Ansatz von 30.000 € mit einem Eigenanteil von 10.000 € gekürzt werden.	einstimmig 1 Enthaltung
10.	Die Maßnahme rund um das Stadtteilzentrum soll auf den Ansatz von 50.000 € bei einem Eigenanteil von 15.000 € gekürzt werden.	einstimmig 1 Enthaltung
11.	Für das Baugebiet Hembesen wird der Verpflichtungsermächtigungsvermerk für 2016 gestrichen.	einstimmig
12.	Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob eine preiswertere Lösung für die Mittagsverpflegung in der neuen Mensa möglich ist, um die hohen Einrichtungskosten für die Mensaküche zu reduzieren.	einstimmig

SPD

zu Nr. 1 spricht sich Ratsherr **Hanisch** gegen diesen Antrag aus. Die Entwicklung der Schülerzahlen solle abgewartet werden. Ratsherr **Multhaupt** verweist auf den Vortrag des Architekten Scherhans, der für eine zügige Umsetzung plädiert habe. Ratsherr **Tobisch** stimmt dem Antrag der SPD zu, Ratsherr **Schulte** sieht sich ebenfalls hiermit einverstanden. Er schlägt vor, die Entscheidung bis zur Sitzung des Rates zurückzustellen, die Verwaltung möge bis dahin die Entwicklung der Schülerzahlen vorlegen. Ratsherr Oeynhausens teilt mit, dass er mit der Gesamtschulleitung Rücksprache gehalten habe. Diese sagte aus, dass eine Fertigstellung der Mensa bis zum 01.08.2015 abgeschlossen sein müsste.

StBOAR **Groppe** wendet hierzu ein, dass eine jetzige Aufstockung der Mensa eine Verlängerung der Bauzeit bedeute und zusätzlich 700.0000 € in den Haushalt eingestellt werden müssten.

Ratsherr **Multhaupt** schlägt als Kompromiss vor, den gestellten Antrag auf die Aufstockung der Mensa zu reduzieren. Die Verwaltung möge bis zur Sitzung des Rates die Entwicklung der aktuellen Schülerzahlen prüfen und vortragen, wie diese sich in 2 Jahren verhält, wenn dann lt. Plan aufgestockt werden müsste. Seine Bitte geht an die CDU-Fraktion, ihm fairnesshalber mitzuteilen, wie diese sich entscheiden werden. Bürgermeister **Temme** hält abschließend fest, dass die Verwaltung sich bemühe, bis zur Sitzung des Betriebsausschusses ein Statement des Architekten Scherhans sowie die Entwicklung der Schülerzahlen einzuholen, damit der BetrA evtl. schon eine Empfehlung an den Rat geben könne.

zu Nr. 2 gibt StOVR **Frischemeier** zu bedenken, dass die Unterhaltung des Stadtteilzentrums durch den Betreiber „Brücke Mocht“ nicht vergleichbar sei mit dem eines Dorfgemeinschaftshauses. Der Aufwand sei hier wesentlich höher. Desweiteren bestehe für das Betreiben des Stadtteilzentrums ein Nutzungsvertrag zwischen der Stadt und dem Betreiber „Brücke Mocht“. Ratsherr Multhaupt erklärt daraufhin, den Antrag Nr. 2 zugunsten des Antrages Nr. 3 zurückziehen.

zu Nr. 3 bittet Ratsherr **Multhaupt** um einen Planungsauftrag an die Verwaltung zur Prüfung einer eventuellen Errichtung einer Spielanlage am Wall. Die Kosten hierfür sollten aus dem sog. „Sammeltopf“ Planungskosten entnommen werden.

Nr.	Antrag	Abstimmungsergebnis
1.	Der 2. Bauabschnitt der Gesamtschule – Volumen 1,6 Mio € - soll direkt im Anschluss an die 1. Baumaßnahme durchgeführt werden. Hierfür sollen für das Jahr 2015 400.000 € in den Wirtschaftsplan (KUBRA) und als Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2016 1,2 Mio. € eingestellt werden. Finanziert werden soll die Maßnahme durch Erhöhung des bereits vorgesehenen Kredites (1. Bauabschnitt). Die Verzinsung dieses Kredites liegt derzeit bei 0,0%; durch Vertragsklauseln (ab 2 Mio. € Kreditaufnahme entstehen ca. 0,5% Zinsen, also für 2015 ca. 2.000 €) hat dies allerdings geringe Auswirkungen. Vorteil lt. SPD: Die Maßnahmen werden unmittelbar weitergeführt. Keine erneute Störung und Belästigung der Schüler in zwei/drei Jahren. Die Maßnahme wird mit Geldern finanziert, die keine/nur sehr geringe Zinsbelastungen hervorrufen. Auf den Haushaltsausgleich kaum Auswirkungen; im Haushalt eine Bilanzsummenerhöhung.	zurückgestellt Entscheidung im Rat 10.02.15
2.	Der Zuschuss/freiwillige Aufwendung an die „Brücke Mocht“ soll reduziert oder gestrichen werden. Begründung:	Antrag zurückgezogen

	Auf seinerzeitige Nachfrage im Bauausschuss nach evtl. Folgekosten im Stadtteilzentrum für die „Brücke Mocht“ (Betreiber) sollten sich keine Folgekosten für die Stadt ergeben.	
3.	Planungskosten für die Errichtung einer Spielanlage am Wall (Örtlichkeit: etwa Standort der jetzigen Tore) und damit verbundenen Abbau der Spielgeräte in der Antoniusstraße. Begründung: Der Spielplatz in der Antoniusstraße wird nicht/sehr schlecht angenommen und auf dem „Bolzplatz am Wall ist was los“ (O-Ton).	einstimmig

UWG/CWG

zu Nr 1 weist StOVR **Frischemeier** darauf hin, dass der Kauf einer mobilen Bühne bereits im vergangenen Haushaltsjahr zurückgestellt worden sei. Die derzeit vorhandene Bühne verursacht einen hohen Personal- und Kostenaufwand. Die Anschaffung einer mobilen Bühne würde beides erheblich reduzieren.

zu Nr 2 erklärt StBOAR **Groppe**, dass der Bauausschuss seinerzeit den Planungsauftrag erteilt habe, der Betrag ist für 2015 als Verpflichtungsermächtigung in den Haushalt eingestellt worden.

zu Nr. 3 wurde bereits unter Nr. 9 der CDU-Anträge im Sinne der UWG/CWG-Fraktion entschieden.

Nr.	Antrag	Abstimmungs- ergebnis
1.	Der Kauf einer mobilen Bühne soll zurückgestellt werden.	Antrag zurückgezogen
2.	Zurückstellen der Neupflasterung des Hanekamp	Antrag zurückgezogen
3.	Exerzierplatz im Stadtteilzentrum (siehe Nr. 9 CDU-Anträge)	
4.	Für die aufsuchende Schulsozialarbeit (soziale Arbeit/Hilfestellung) in den Grundschulen der Stadt Brakel soll ein Betrag von 5.400 € eingestellt werden	mehrheitlich angenommen, 8 Ja-Stimmen 7 Nein-Stimmen

	StOAR Loermann ergänzt, dass für die vorübergehende Unterbringung der Asylbewerber die entsprechenden Positionen im Haushalt erhöht werden müssten. Dies betrifft zum einen die Kosten für die Bewirtschaftung (Miete etc.) in Höhe von 25.000 € sowie die Beschaffung der Ersteinrichtung für die Flüchtlingsunterkunft in Höhe von 80.000 €.	einstimmig
--	---	------------

Bündnis 90/Die Grünen

Ratsherr **Schulte** trägt zum jetzigen Haushalt 2015 keine Änderungen vor. Für das Haushaltsjahr 2016 schlägt er eine Erhöhung der Grundsteuer A vor.

An die Verwaltung richtet er die Frage, was innerhalb der Verwaltung hinsichtlich Einsparungen unternommen werde. Hierzu informiert Bürgermeister **Temme**, dass der Mitarbeiter Alexander Kleinschmidt derzeit an einer internen Organisationsuntersuchung arbeite und die Strukturen innerhalb der Fachabteilungen prüfe. Das Ergebnis seiner Untersuchung werde dem Rat zu gegebener Zeit vorgestellt.

FDP

Frau **Klöhn** hat ebenfalls keine Änderungsanträge zum Haushalt 2015. Ihre Bitte an die Verwaltung gehe dahin, dass diese bei Planungen und Vergaben jederzeit mit „spitzer Feder“ rechne und die Kosten im Blick halte.

6. Schiedsmannwesen; Vertretungsregelung für den Schiedsbezirk Brakel II

Berichterstatter: FB 2

187/2014
-2020

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt **einstimmig** dem Rat der Stadt Brakel zu beschließen, dass die Schiedsperson des Bezirks Brakel I die Schiedsperson des Bezirks Brakel II vertritt.

7. Bekanntgaben der Verwaltung

1. Versorgung durch Hausärzte

Bürgermeister **Temme** verweist auf die als **Anlage 1** beigefügten Aufstellung durch die Versorgung durch Hausärzte in unserer Region.

2. Arbeitsmarktzahlen 01/2015

Diese sind als **Anlage 2** beigefügt.

3. Asylbewerberleistungsgesetz

StOAR **Loermann** informiert, dass aufgrund des neuen Asylbewerberleistungsgesetzes, welches ab 01.03.2015 in Kraft tritt, die Umstellung von Sach- auf Geldleistungen erfolgt sei. Das Geld wird jeweils am 1. des Monats per Scheck ausgehändigt. In der Öffentlichkeit herrsche die Meinung, dass eine angekündigte Demonstration der Grund für die Umstellung gewesen sein sollte.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Mit einem Dank an die Teilnehmer schließt Bürgermeister Temme die Sitzung.

gezeichnete Unterschriften:

Hermann Temme
(Bürgermeister)

Regina Werneke
(Schriftführerin)